

Bericht über Beratungen des Hauptausschusses des BIBB Sitzung 1/2006 am 9. März 2006 und Sondersitzung am 23. März 2006 in Bonn

GUNTHER SPILLNER

Der Hauptausschuss (HA) kam im März 2006 gleich zweimal zu Sitzungen in Bonn zusammen: zu seiner regulären Frühjahrssitzung am 9. März und zwei Wochen später zu einer Sondersitzung, auf der der *Entwurf des Berufsbildungsberichts* beraten wurde. Auf ihr wurde eine Stellungnahme des HA zum Berufsbildungsbericht 2006 mehrheitlich beschlossen. Die Stellungnahme der Beauftragten der Arbeitgeber und die Stellungnahme der Beauftragten der Arbeitnehmer wurden dem Beschluss als Minderheitsvoten beigelegt. Den Wortlaut der Stellungnahme und der Minderheitsvoten finden Sie als Beilage zu dieser Ausgabe der BWP.

Die *Arbeitgeber* machten deutlich, dass aus ihrer Sicht zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation Flexibilisierungsoptionen eingeräumt werden müssten, um Ausbildung erfolgreich zu steuern. Ausnahmemöglichkeiten sollten erweitert werden, um eine Anpassung an die Erfordernisse der betrieblichen Prozesse zu gewährleisten. Dabei gehe es nicht um eine Beschneidung der Rechte und Ansprüche von Auszubildenden, sondern um die bedarfsgerechte Ausschöpfung aller Ausbildungspotenziale. Letztlich könne nur über den Abbau von Ausbildungshemmnissen eine Verbesserung der Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt erreicht werden.

Die *Arbeitnehmer* vertraten die Auffassung, dass die Größe der Ausbildungsplatzlücke für eine Beurteilung der Lage nicht allein entscheidend sei. Vielmehr müssten die großen außerbetrieblichen Anstrengungen zur Versorgung der Ausbildungsplatzsuchenden mit alternativen Angeboten in diesem Kontext berücksichtigt werden. Die vertragsgebun-

denen Ausbildungsgänge nach BBiG und HwO seien zum Teil ganz markant zurückgegangen. Die Zahl der schulischen Eintritte und der Studienanfänger sei demgegenüber massiv angestiegen. Ausdrücklich begrüßt wurde, dass im Berufsbildungsbericht die Qualität der betrieblichen Berufsbildung thematisiert werde. Entsprechend der Entschließung des Bundestages (BT-Drs. 16/543 – Neue Dynamik für Ausbildung) sollten die Sozialpartner gemeinsam mit den Ländern ein entsprechendes Verfahren zur Qualitätssicherung entwickeln. Zur Qualitätsfrage gehöre auch die Qualifikation der Ausbilder und Ausbilderinnen, weshalb die erneute Inkraftsetzung der AEVO ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung wäre.

Auf seiner regulären Sitzung am 9. März hatte der HA unter anderem über die Entwicklung eines Nationalen Qualifikationsrahmens (NQR), über das jährliche Forschungsprogramm 2006 und über einen ersten „Problemaufriss“ zum Thema transparentere Ausbildungsstatistik beraten. Außerdem stand eine Kurzpräsentation zum Wissensmanagement im BIBB auf der Tagesordnung.

Für die *Arbeitgeber* geht es beim Thema NQR darum, wie ein Qualifikationsrahmen auf die nationale Ebene übersetzt und in das deutsche Berufsbildungssystem implementiert werden könne. Wichtig sei, die nationale und die europäische Ebene zu koordinieren und dabei auch den Bologna-Prozess einzubinden. Dazu gehöre auch eine zeitliche Synchronisation der nationalen mit der europäischen Entwicklung. Anders als dies auf EU-Ebene bislang angelegt sei, müsse die Entwicklung eines NQR in enger Abstimmung mit dem Thema Leistungspunktesystem/ECVET erfolgen. Dem BMBF insgesamt komme eine wichtige Steuerungsfunktion im Hinblick auf die verschiedenen Bildungsbereiche zu.

Arbeitnehmerseits wird als zentrale Herausforderung die Übersetzung eines NQR in Ausbildungsordnungen angesehen. Eins zu eins lasse sich diese kaum gestalten. Wenn man den entstehenden europäischen Qualifikationsrahmens (EQF) zugrunde lege, ergäbe sich ein „zweites System“ der Bewertung und Zertifizierung, das mit deutschen Berufsausbildungs- und Prüfungsstrukturen nicht kompatibel sei.

Aus *Ländersicht* werde die große strategische Herausforderung sein, die stufenförmig angelegte Orientierung an Lernergebnissen/Kompetenzniveaus mit dem Berufsprinzip in Einklang zu bringen. Dabei werde es, so die Prognose, letztlich nicht zu einem unauflösbaren Gegensatz kommen, sondern zu einer „neuen Füllung“ der Beruflichkeit.

Für die *Bundesseite* sollte ein NQR von Anfang an bildungsbereichsübergreifend angelegt werden. Dies setze eine Einbindung der Hochschulen bei seiner Entwicklung voraus. Außerdem müsse man diskutieren, welche Ziele und Funktionen mit einem NQR verfolgt werden sollten: ob dieser

lediglich der Verbesserung von Transparenz und Vergleichbarkeit dienen sollte oder auch der verbesserten Durchlässigkeit und Anerkennung von Bildungsabschlüssen. Mit der bildungsbereichsübergreifenden Entwicklung eines NQR sollte unverzüglich begonnen werden.

Zur Erarbeitung eines Beitrags aus Sicht der Berufsbildung zur Gestaltung eines NQR setzte der HA eine Arbeitsgruppe ein.

Bei der *Beratung des jährlichen Forschungsprogramms* des BIBB machte der Ständige Vertreter des Präsidenten, PROF. DR. WEIB, einleitend deutlich, dass man, der Empfehlung des Wissenschaftsrats und des wissenschaftlichen Beirats folgend, einen geschärften Forschungsbegriff zugrunde gelegt habe. Projekte mit hohem Entwicklungsanteil seien nicht in das Forschungsprogramm, sondern in das Arbeitsprogramm aufgenommen worden. Außerdem habe man zentrale Forschungsfelder bzw. Forschungscluster gebildet, um die Forschung stärker zu bündeln und strategisch auszurichten.

Der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats, Prof. Dr. EULER, der den HA in Forschungsangelegenheiten berät, begrüßte das vorgelegte Programm und die klare Definition des Forschungsbegriffs, wonach nur Forschung sei, was einschlägigen Forschungsstandards entspreche. Mit dem erstmals vorgelegten jährlichen Forschungsprogramm habe das BIBB Neuland betreten und seine Forschungsplanung erfolgreich neu ausgerichtet, was einem „Reifenwechsel bei voller Fahrt“ nahe komme. Das Forschungsprogramm überzeuge im Hinblick auf die darin enthaltene wissenschaftliche Relevanz und Systematik der Darstellung. Die Bildung von Forschungsclustern sei weitgehend gut gelungen. Kritisch sehe der wissenschaftliche Beirat die noch nicht befriedigende Anbindung neuer Forschungsprojekte an abgeschlossene oder bereits laufende Projekte. Außerdem müsse der jeweilige Forschungsstand noch genauer und umfassender reflektiert werden. Auch mit Blick auf die Planung der Forschungsressourcen des BIBB insgesamt habe man Diskrepanzen festgestellt. EULER machte deutlich, dass sich der wissenschaftliche Beirat nicht als verlängerter Arm des Wissenschaftsrats verstehe und dessen Empfehlungen teilweise sehr kritisch sehe, namentlich die Empfehlung zur Schaffung einer zentralen Forschungsabteilung im BIBB. Forschung sollte vielmehr unter Einbindung der jeweiligen Fachkompetenz gegenstandsbezogen erfolgen und das gesamte einschlägige Spektrum an wissenschaftlichen Methoden ausschöpfen.

Alle Bänke des HA sehen das Bundesinstitut mit dem vorgelegten jährlichen Forschungsprogramm auf dem richtigen Weg, den man konstruktiv und kooperativ begleiten wolle.

Der Präsident des BIBB, Manfred KREMER, machte abschließend darauf aufmerksam, dass die Qualitätssicherung im Prozess der Modernisierung von Ausbildungsberufen und Fortbildungsregelungen eine gemeinsame Aufgabe aller Beteiligten sei und von der vorbereitenden Forschung über das eigentliche Verfahren bis zur Erarbeitung von Umsetzungshilfen und der Evaluierung reiche. Er kündigte an, dass er – Anregungen von Sozialpartnern folgend – hierzu Vorschläge machen werde. Dazu gehörten z. B. auch jährliche Planungsgespräche mit Bundesregierung und Sozialpartnern, in denen frühzeitig mitgeteilt werde, welche Ordnungsarbeiten voraussichtlich mittelfristig anstehen, damit die erforderlichen Ressourcen für Forschung und Ordnungsarbeit rechtzeitig geplant werden könnten.

Zum Thema „Transparentere Ausbildungsstatistik“ hatte Dr. ULRICH, BIBB, einen umfassenden Problemaufriss vorgelegt, dessen wissenschaftliche Ergebnisse er präsentierte. Es entwickelte sich eine intensive Diskussion zu den präsentierten Forschungsergebnissen, zu Aussagekraft und Wirkung vorhandener Statistiken und zu ihrer Eignung, Realitäten aussagekräftig abzubilden. ULRICH betonte in diesem Zusammenhang, dass Forschung der Validität verpflichtet sei. Die mittels wissenschaftlicher Expertise abgebildete Wirklichkeit müsse als solche zur Kenntnis genommen werden; sie dürfe nicht schon im Vorfeld aus politischen oder ideologischen Gründen selektiert bzw. ausgeblendet werden. Alle Bänke wollen sich noch einmal intensiv mit den Ergebnissen beschäftigen und das Thema mit entsprechenden Umsetzungsvorschlägen in einer der nächsten Sitzungen des HA mit weiteren Experten diskutieren. Der Präsident kündigte an, die erneute Beratung im HA durch ein Expertengespräch vorzubereiten.

Vor dem Hintergrund einer Verstetigung der bisher erfolgreich geleisteten Arbeiten stellte das BIBB die Konzeption seines Wissensmanagements mit den drei Säulen BIBB-Internetredaktion, Kommunikations- und Informationssystem Berufliche Bildung (KIBB) und Good Practice Center Benachteiligtenförderung (GPC) vor. Der Präsident betonte, dass ein nach außen und innen gerichtetes Wissensmanagement ein wesentliches Element der Verbesserung der Qualität von Service und Forschung sei.

Im weiteren Verlauf nahm der HA das Arbeitsprogramm 2006 zur Kenntnis, das auch die Vorhabenplanung sowie die internationalen Forschungsaufträge und Projekte, die von Dritten finanziell gefördert werden, enthält. Der Präsident informierte darüber, dass auch das Arbeitsprogramm künftig, ähnlich dem Forschungsprogramm, zu einem strategischen Planungsinstrument und Instrument inhaltlicher Schwerpunktsetzung entwickelt werden soll.

Außerdem nahm der HA die mittelfristige Finanzplanung des BIBB zur Kenntnis. Er stellte nach § 97 Abs. 1 Satz 2

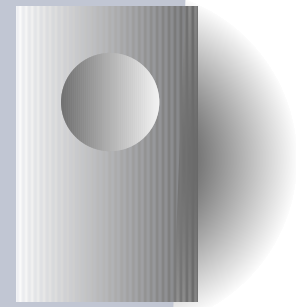
BBiG den Haushaltsplan des Instituts für das Haushaltsjahr 2007 fest, der in Einnahmen und Ausgaben mit 56.721 T€ abschließt; der Bund gab seinen üblichen Haushaltsvorbehalt zu Protokoll. Außerdem entlastete der HA den Präsidenten des BIBB gemäß § 97 Absatz 5 Satz 2 BBiG für das Haushaltsjahr 2004.

Der HA stimmte folgenden, mit dem jeweiligen Rahmenlehrplan abgestimmten, Entwürfen von Verordnungen über die Berufsausbildungen zu:

- Ofen- und Luftheizungsbauer/-in,
- Fachangestellte(r) für Markt- und Sozialforschung,
- Kaufmann/-frau für Dialogmarketing,
- Kaufmann/-frau für Marketingkommunikation,
- Medienkaufmann/-frau Digital und Print,
- Verfahrensmechaniker/-in für Kunststoff- und Kautschuktechnik,
- Flechtwerkgestalter/-in,
- Verfahrenstechnologe/-in in der Mühlen- und Futtermittelwirtschaft,
- Kaufmann/-frau für Versicherungen und Finanzen,
- Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk,
- Mediengestalter/-in Bild und Ton,
- Servicefachkraft für Dialogmarketing.

Die Zustimmung erfolgte auf der Grundlage der vorgelegten Fassungen mit den vom Ständigen Unterausschuss in seiner Sitzung 1/2006 am 6. März empfohlenen Änderungen. Außerdem beschloss er den Entwurf einer Gleichstellungsverordnung für das Theodor-Reuter-Berufskolleg Iserlohn, Staatliche Berufsfachschule für Fertigungstechnik und Elektrotechnik zur Servicefachkraft für Dialogmarketing und den Entwurf der Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Abschluss Geprüfter Fachkaufmann/Geprüfte Fachkauffrau für Marketing.

Als neue Mitglieder des HA hatte die Vorsitzende zu Beginn der Sitzung Herrn Knut PHILLIPS, als Sprecher der Beauftragten der Arbeitgeber Nachfolger von Wolf-Rainer LOWACK, und Herrn Thomas SCHRÖDER-KAMPRAD, als Beauftragter der Freien und Hansestadt Hamburg Nachfolger von Günther Blom, begrüßt. ■



Berufs- und Wirtschaftspädagogik

KARIN REIBER

Einführung in die Berufspädagogik

Rolf Arnold, Philipp Gonon

Verlag Barbara Budrich, Opladen & Bloomfield Hills 2006, 282 Seiten, € 14,90

In der Reihe „Einführungstexte der Erziehungswissenschaft“ ist nun von 16 Bänden der sechste erschienen: eine Einführung in die Berufspädagogik. Die von Heinz-Hermann KRÜGER betreute Lehrtextreihe ist insgesamt als Grundlegung und Einführung in die verschiedenen Studienschwerpunkte und Fachrichtungen der Disziplin Erziehungswissenschaft konzipiert.

Die Autoren – zwei der prominentesten Vertreter der Zunft – beabsichtigen, diesem Anspruch an eine Einführung gerecht zu werden, ohne jedoch differente Perspektiven zu nivellieren. Jedes der vier Kapitel folgt einem Motiv: Kapitel eins fragt nach der Kohärenz der Disziplin Berufs- und Wirtschaftspädagogik. Das zweite Kapitel stellt begriffliche Konstrukte vor, die konstitutiv sind für das Fach. Kapitel drei folgt der Entwicklung und Profilbildung der Disziplin, die sich zwischen Kontinuität und Kontingenz bewegt. Im Mittelpunkt des vierten Kapitels steht der Schlüsselbegriff Kompetenz – es geht hier um Ausbildungswege und -gänge sowie Arbeitsfelder und Beschäftigungschancen.

Bemerkenswert sind die Zu- und Einordnungen, die die Autoren eingangs vornehmen (S. 13–15): Sie stellen die Berufspädagogik und Wirtschaftspädagogik als je eigenständige Bereiche mit kleiner gemeinsamer Schnittmenge vollständig in den Bezugsrahmen der Erziehungswissenschaft. Die Wirtschafts- und Berufspädagogik verbindet eine gemeinsame Grundlegung in der Erwachsenenpädagogik. Beide Disziplinen weisen je eigene externe Bezugs-